Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

Anzeiger

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts, des Finanzamts und des Stadtrates zu Hohenstein-Ernstthal, sowie der Behörden der umliegenden Ortschaften.

Druck und Verlag von J. Ruhr Nachfolger Dr. Alban Frisch: Verantwortlich für die Schriftleitung Dr. Erich Frisch, für die Anzeigen Otto Koch.

für Hohenstein-Ernstthal mit Hüttengrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Hermsdorf, Bernsdorf, Wüstdorf, Langenberg, Meinsdorf, Falken, Reichenbach, Langenchursdorf, Callenberg, Grumbach, Kirschheim, Kuhschnappel, St. Egidien, Wüstenbrand, Grüna, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Pleißa und Rußdorf

Nr. 43 — Montag, 20. Februar 1922 — 72. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 18. Febr.

Am Regierungstische: Dr. Köster.

Im Hause sind nur 17 Abgeordnete anwesend.

Vizepräsident Dr. Rießer eröffnet die Sitzung um 12,30 Uhr.

Der Gesetzentwurf über vorübergehende Rechtspflegemaßnahmen im Hinblick auf das Saargebiet wird in allen drei Lesungen angenommen. Ebenso angenommen wird das Gesetz über die weitere Zulassung von Hilfsmitgliedern im Reichspatentamt. Der Gesetzentwurf über die Ablieferung von Ausfuhrdevisen wird dem Ausschuß zur Durchführung des Friedensvertrages überwiesen. Darauf wird die zweite Lesung des Gesetzes über die Erhebung einer

Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues

fortgesetzt.

Abg. Obermeyer (Soz.) tritt für die besondere Bevorzugung der Baugenossenschaften ein.

Abg. Jaud (Bayr. Vpt.) wendet sich gegen alle Sozialisierungsbestrebungen. Eine besondere Bevorzugung der Baustätten sei überflüssig.

Abg. Trömmel (Ztr.) tritt für baldige Verabschiedung der Vorlage ein.

Ministerialdirektor Dr. Ritter erklärt, daß die Regierung diejenigen Unternehmer unterstützen müsse, die ihre Ziele vertreten.

Damit schließt die zweite Lesung. Die Abstimmungen werden wegen der schlechten Besetzung des Hauses auf Dienstag vertagt. Auf der Tagesordnung steht dann die demokratische Interpellation, betreffend

Paßerleichterungen im Verkehr mit Deutsch-Oesterreich.

Abg. Heile (Dem.) begründet die Interpellation und weist darauf hin, daß durch bureaukratische Maßnahmen der Verkehr mit dem deutschen Bruderlande unnötig erschwert werde. Die meisten der Schikanen machen sich bei der Erteilung der Pässe geltend, was einfach unverständlich ist. Eine Behörde schiebt die Schuld auf die andere. Angeblich will man die Kapitalflucht verhindern. Wer aber solche Lumpereien begehen will, der begeht sie auch ohne Paß. Die Schwierigkeiten liegen nur bei der deutschen Bureaukratie. Man sagt, man wolle den Zuzug unerwünschter Elemente aus Galizien verhindern. Diese Existenzen dringen aber auch ohne Paß ein. Wir hätten endlich die Möglichkeit gehabt, durch Anschließung Deutschösterreichs ein großes einheitliches Deutsches Reich zu schaffen. Man schafft künstlich eine Grenze und macht jeden darauf aufmerksam. Durch diese Schikanierungen muß der Oesterreicher den Eindruck erhalten, als wollten wir ihn gar nicht haben. Die Sehnsucht, zu uns zu kommen, wird dadurch immer mehr erstickt. Sogar die Entente sucht Oesterreich zu helfen. Da dürfen wir nicht als diejenigen dastehen, die bloß Schikanen für Deutschösterreich haben. Mit dem ganzen Paßteufel könnte ruhig endlich aufgeräumt werden. Trotz des Versailler Vertrages haben wir, hat Oesterreich das Recht der Selbstbestimmung wie alle anderen Völker. Den Gedanken an imperialistische Revancheplöne weisen wir weit von uns. Wir müssen den Anfang machen und sagen: Für uns gibt es keine Grenzen, stärken wir den Willen zur Vereinigung mit Deutschösterreich, der heute noch dort vorhanden ist.

Minister des Innern Koster gibt zu, daß Unbequemlichkeiten beim Verkehr zwischen Deutschland und Oesterreich vorhanden sind. Es sind die Reste der starren Absperrung während des Krieges. Diese Schwierigkeiten bestehen aber auch bei anderen europäischen Staaten. Darum hat sich auch der Völkerbund mit einer Regelung des Paßverkehrs beschäftigt. Es ist nicht lediglich Schikane und Bureaukratie bei diesen Paßschwierigkeiten zu verzeichnen. Oesterreich ist auch sachlich hierüber verständigt worden, den Vorkriegszustand wieder herzustellen. Wegen der Kapitalflucht mußten die Schwierigkeiten in den Kauf genommen werden. Auch die neuen Steuergesetze zwingen in dieser Hinsicht zur Vorsicht. Deutschland muß sich in dieser Hinsicht auch vor der Ausplünderung durch valutastarke Länder schützen. Das Reichsfinanzministerium legt größten Wert darauf, daß der bisherige Zustand erhalten bleibt. Eine radikale Aufhebung des Paßzwanges ist also nicht in Aussicht gestellt. Die deutschen Länder haben das auch nicht gefordert. Erleichterungen können zugestanden werden. Für das Deutsche Reich ist der Einreisesichtvermerk überhaupt fortgefallen in bezug auf Deutsche. Wir befinden uns in einer Zwangslage wirtschaftlicher und finanzieller Nöte. Die Wohnungsnot zwingt uns, nicht jeden, der aus Deutschösterreich kommt, hereinzulassen. Wir können auch nicht ausländische Arbeiter über die deutschösterreichische Grenze wahllos und unkontrolliert hereinlassen. Die Technik der Paßrevision an der Grenze ist allerdings stark verbesserungsbedürftig. Ich werde daher auf eine Vereinfachung und Beschleunigung hinwirken. In diesem Bestreben, die Technik der Grenzrevision zu vereinfachen, ist sich die Reichsregierung mit den Ländern einig. Der große Gedanke der Kulturgemeinschaft darf durch den Rest der noch immer notwendig gebliebenen Härten nicht gestört werden. Die Volksgemeinschaft, die auch der Friedensvertrag nicht hat zerreißen können, wird auch weiter bestehen bleiben. (Beifall.)

Abg. Simon-Schwaben (Soz.): Wir in Bayern empfinden den Paßzwang um so schwerer, als gerade zwischen Bayern und Deutschösterreich sehr starker Grenzverkehr herrscht. Bis zu der einmal kommenden Einigung müssen wir alle unnötigen Schranken aus dem Wege räumen.

Abg. Dr. Schreiber (Ztr.): Eine Kontrolle muß bestehen bleiben, sonst könnten über Oesterreich auch zahlreiche Angehörige der Balkanstaaten ungehindert nach Deutschland hereinkommen. Der Anschluß Deutschösterreichs muß das zu erstrebende große Endziel bleiben.

Abg. Körner (Deutschnatl.): Für Süddeutschdeutschland sind besonders für den Fremden und Touristenverkehr Erleichterungen sehr erwünscht. Alle Schikanen müssen beseitigt werden und der Verkehr mit Deutschösterreich bis zur Grenze der Möglichkeit erleichtert sein.

Abg. von Kemnitz (Deutsche Vpt.): In der Frage des Anschlusses Deutschösterreichs gibt es keine Parteiunterschiede zwischen uns. Zur Erleichterung und Vereinfachung der Paßangelegenheiten muß sofort alles geschehen. Bei uns besteht aber die Tendenz, den Oesterreichern die Einreise und den Aufenthalt in Deutschland unmöglich zu machen. Es muß ihnen weitestgehend entgegengekommen werden. Auch die Verlegenheiten zwischen Berlin und Wien müssen nach Möglichkeit erleichtert werden. Alle diese Dinge haben eine ganz erhebliche politische Bedeutung. Es ist Gefahr im Verzuge. Italien sucht die Beziehungen zwischen Deutschösterreich und den sogenannten Nachfolgestaaten immer enger zu gestalten. Auch auf dem Gebiete des Güteraustausches, des Warenverkehrs haben die Nachfolgestaaten Deutschösterreich ein größeres Entgegenkommen bewiesen als wir. (Hört, hört!) Wir müssen nach innen und außen ein Volk sein.

Abg. Breitscheid (Unabh.) wünscht die Beseitigung des Paßzwanges für alle Länder, besonders auch im Verkehr mit Rußland.

Abg. Schwarzer (Bayr. Vpt.) weist auf die großen Einnahmen hin, die das Reich aus dem Paßzwang hat. Der an der Grenze in Bewegung gesetzte riesige Apparat ist völlig zwecklos. Wer Geld ins Ausland verschleppen will, der findet auch andere Wege. Die völlige Oeffnung der Grenzen würde einen Zustrom von Arbeitslosen und Landstreichern nach Deutschland zur Folge haben.

Abg. Koenen (Komm.) weist darauf hin, daß nur vier bis fünf Prozent der Bevölkerung in der Lage sind, Kapital nach dem Auslande zu verschieben. Wegen dieser Schieber sollte man aber nicht die ganze Bevölkerung mit Paßschwierigkeiten behelligen. Der Redner führt Beschwerde über die Briefzensur.

Reichsminister des Innern Dr. Koster: Wenn wir die Grenze zwischen uns und Deutschösterreich einfach niederreißen, so würde eine ungeheure Einwanderung aus Oesterreich erfolgen. Hunderttausende würden hereinströmen und die Wohnungsnot würde unerhört steigen. Das deutsche Volk müsse so erzogen werden, daß es ohne Regierungsmaßnahmen begreift, daß österreichische Zukunft deutsche Zukunft ist. Im Schlußwort erklärte

Abg. Gothein (Dem.), daß eine Reform des Paßwesens unumgänglich notwendig sei. Er bedauert die ablehnende Haltung des Ministers. Die Unwesentlichkeit des Grenzsperrgesetzes hätten Vertreter des Reichsfinanzministeriums selber zugegeben. Nicht zuletzt die deutschen Arbeiter würden völlig unrecht belästigt.

Damit ist die Interpellation erledigt.

Nächste Sitzung: Dienstag nachmittag 2 Uhr. Anfragen, Wohnungsgesetz, Zweite Lesung des Haushaltplanes.

Schluß gegen 5 Uhr.

Dr. Heinze und der Mißtrauensantrag der Deutschen Volkspartei.

Der frühere Reichsjustizminister Abg. Dr. Heinze hat bekanntlich in der Sache des Vertrauensvotums für den Reichskanzler eine abweichende Stellung von der Fraktion der Deutschen Volkspartei eingenommen, sie ausdrücklich in einer Fraktionssitzung eingehend begründet und ist bei der Abstimmung im Reichstage fern geblieben. Jetzt hat er seine Auffassung im „Dresdner Anzeiger" folgendermaßen dargelegt:

1. Der Eisenbahnerstreik hätte bei längerer Dauer zweifellos große politische Gefahren mit sich gebracht, vielleicht wären weitgehende kommunistische Unruhen die Folge davon gewesen. Man hätte dann möglicherweise mit einer teilweisen Stillegung der Industrie und mit schweren Störungen in der Lebensmittelversorgung der Großstädte rechnen müssen. Es sei deshalb unbedingt notwendig gewesen, daß der Streik so schnell wie möglich beigelegt wurde. Der Reichskanzler habe eine solche schnelle Beilegung erreicht, und in einer so gefährlichen Lage des Staates dürfe man mit ihm wegen einzelner Unstimmigkeiten nicht zu scharf ins Gericht gehen. Den Erklärungen, die der Kanzler im Reichstag in der Streikangelegenheit abgab, hätte man beitreten können, und da der Mißtrauensantrag der Deutschen Volkspartei sich auch gegen diese Erklärung richtete, habe er sich diesem Antrag nicht anschließen können.

2. Exzellenz Heinze hält die große Koalition für unbedingt wünschenswert und notwendig, um eine größere Stetigkeit in unseren politischen Verhältnissen herbeizuführen. Er ist jedoch der Ansicht, daß durch den Mißtrauensantrag der Deutschen Volkspartei der Weg zur großen Koalition erschwert worden sei.

3. Für den durchaus nicht unmöglichen Fall, daß im Reichstage eine Mehrheit gegen das Kabinett zustande gekommen wäre, hätte man nach Auffassung von Exzellenz Heinze mit außerordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt, um einem politischen Chaos zu entgehen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen wäre eine andere Regierung als das Kabinett Wirth überhaupt kaum denkbar gewesen. Möglicherweise wäre die Auflösung des Reichstages notwendig geworden, und das hätte dem deutschen Volke unter allen Umständen erspart werden müssen, besonders da von einer Neuwahl kaum eine wesentliche andere Zusammensetzung des neuen Reichstages zu erwarten gewesen sei. Auch die außenpolitische Lage habe ihn mit besonderer Berücksichtigung der Vorbereitungen für Genua dazu bestimmt, sich nicht gegen das Vertrauensvotum auszusprechen.

Aus diesen Gründen und angesichts der außergewöhnlich gefährlichen politischen Lage habe er die Erwägungen, die die Fraktion der Deutschen Volkspartei zur Einbringung des Mißtrauensvotums und zur Stimmabgabe gegen den Vertrauensantrag bestimmten, nicht für durchschlagend gehalten.

Heim gegen Wirth.

Im „Bayrischen Kurier" veröffentlicht Reichstagsabgeordneter Dr. Heim einen Artikel zu letzten Reichskanzlerkrise, der eine Kritik der Person und der Politik des Reichskanzlers darstellt und dem Reichskanzler vorhält, er müsse dahin wirken, daß sich die Mehrheit im Reichstage erweitert. Die Regierung Wirth und vor allem der Reichskanzler selbst hätten bisher auf die vaterländische Notwendigkeit zu wenig Rücksicht genommen. Die Mehrheit der Bayrischen Volksparteifraktion sei gewillt gewesen, die Vertrauensfrage des Ministeriums Wirth mit Nein zu beantworten. Er selbst habe aber auf Stimmenthaltung hingewirkt, um für den Augenblick jede Verschärfung der Lage zu verhüten.

Ein politisches Amnestiegesetz.

Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung" zu dem im Reichsjustizministerium ausgearbeiteten Entwurf eines Amnestiegesetzes für politische Vergehen mitteilt, handelt es sich dabei um den Plan, hochverräterische Unternehmungen und im Zusammenhang mit solchen stehende Handlungen, soweit sie nach dem 4. August 1920, dem Tage des früheren Amnestiegesetzes, begangen worden sind, straffrei zu lassen. Die Amnestie soll lediglich solche Straftaten umfassen, welche zur Zuständigkeit der Sondergerichte und des Reichsgerichts gehören. Ein Eingriff in die Landesjustiz soll vermieden werden. Ausgenommen von der Amnestie sollen alle allgemeinen Verbrechen sein, insbesondere diejenigen, welche aus Eigennutz oder Roheit begangen sind und auch alle Sprengstoffdelikte.

Die vierte Wiedergutmachungsrate bezahlt.

Die deutsche Regierung hat am Freitag morgen die Wiedergutmachungskommission davon verständigt, daß die vierte Ratenzahlung in Höhe von 31 Millionen Goldmark in ausländischen Devisen bei den von der Wiedergutmachungskommission angegebenen Banken hinterlegt habe.

Kein deutscher Stundungsantrag.

An der Berliner Börse war am Sonnabend das Gerücht verbreitet, daß die Reichsregierung einen neuen Antrag auf Stundung der Wiedergutmachungszahlungen bei der Wiedergutmachungskommission gestellt hätte. Wie von amtlicher Stelle mitgeteilt wird, entbehrt dieses Gerücht jeder Grundlage. Die nach der gegenwärtigen Regelung zu leistenden Zahlungen von 31 Millionen Goldmark aller 10 Tage sind bisher pünktlich geleistet worden, und es darf angenommen werden, daß sie auch noch weiterhin geleistet werden. Man geht in der Annahme nicht fehl, in der Verbreitung dieser falschen Nachrichten, die eine starke Aufwärtsbewegung der Devisen an der Börse hervorriefen, ein Börsenmanöver zu erblicken.

Eine Konferenz der deutschen Volksbildungsminister

fand am Sonnabend in Weimar unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Schultz vom Reichsministerium des Innern statt. Die Konferenz, an der auch die Finanzminister der Länder teilnahmen, beschäftigte sich auch mit der Frage der Lehrerausbildung.

2. Reichslandbundtag.

Im Kuppelsaale der Stadthalle in Hannover versammelten sich am Sonnabend die Landwirte aus dem Deutschen Reich zur Abhaltung des zweiten Reichslandbundtages. Der Vorsitzende des Reichslandbundes, Abg. Hepp, begrüßte die Anwesenden, gab seiner besonderen Freude über die Teilnahme der deutschösterreichischen Brüder an dem Landbundtag Ausdruck und erklärte, nur der nationale Machtgedanke könne das Volk aus seiner Not herausführen. Generalfeldmarschall v. Hindenburg, der zu den Gästen gehörte, wurde bei seinem Erscheinen stürmisch begrüßt und gebeten, die Ehrenmitgliedschaft anzunehmen.

Darauf führte der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, Dr. Roesicke, aus, nur Selbsthilfe könne retten. Die Urproduktion müsse gefordert, die Selbstversorgung des Volkes erreicht werden, und die Landwirtschaft könne dies leisten. Man müsse zur Friedensproduktion und womöglich zu einem Mehrertrag von 25 Prozent kommen. Dazu muß die Landwirtschaft die Mittel in einer Planwirtschaft in völliger Selbstverwaltung aufbringen.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung heißt es dann auch, daß der Reichslandbund die Durchführung der freien Landwirtschaft im neuen Erntejahr fordere. Bestände die Regierung aber auf der Fortsetzung der Reichsgetreide-Aktiengesellschaft, so seien die Landwirte fest entschlossen, ihr jede Lieferung zu versagen.

Eine andere Entschließung wendet sich gegen die Zwangsanleihe von 1 Milliarde und verlangt unbedingt gerechte Besteuerung.

Zur Eisenbahnerbewegung.

Allgemeine Amnestie?

In der Abendsitzung des Vorstandes der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner am Freitag, gab der Vorsitzende als Ergebnis seiner Aussprache mit dem Reichskanzler bekannt, daß eine allgemeine Amnestie auch für alle Disziplinarverfahren der Eisenbahner erfolgen soll. Zu einem nochmaligen Streik liege deshalb keine Veranlassung vor.

Der Vorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner versendet über die Verhandlungen mit dem Reichskanzler noch folgende Mitteilung: Der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter und Anwärter hat in zweitägiger Sitzung zu der aus der Streikbewegung sich ergebenden Sachlage Stellung genommen, insbesondere zur Frage der Disziplinierungen. Aus allen Ländern und Direktionsbezirken lagen Berichte vor über eine wachsame tiefgehende Erregung der Massenmaßregelungen. Alle (?) Delegierten waren einstimmig der Meinung, daß diese Maßnahmen im Widerspruch stehen zu den Versprechungen, die der Reichskanzler Vertretern der Reichsgewerkschaft gegeben hat und die mit zum sofortigen Abbruch des Streikes beigetragen haben. Eine zur Klärung der Sachlage entsandte Abordnung wurde vom Reichskanzler empfangen und erhielt Zusicherungen, die der